

# Die Instrumentalisierung von Einmischungsnarrativen: Eine Analyse der Versicherheitlichung von Protesten in westlichen Demokratien

## 1. Einleitung und Problemstellung

In der zeitgenössischen politischen Auseinandersetzung westlicher Demokratien hat sich der Vorwurf der ausländischen Einmischung (Foreign Interference) sowie der gezielten Informationsmanipulation (Foreign Information Manipulation and Interference, FIMI) zu einem zentralen diskursiven Element und sicherheitspolitischen Paradigma entwickelt. Spätestens seit den massiven Beeinflussungsversuchen während der US-Präsidentenwahlen 2016 und dem Aufkommen weitreichender russischer Desinformationskampagnen ist die Sensibilität für die Verwundbarkeit demokratischer und institutioneller Prozesse durch autokratische Akteure in Politik, Medien und Wissenschaft rasant gestiegen.<sup>1</sup> Aus diesem berechtigten, empirisch fundierten sicherheitspolitischen Fokus ist in den vergangenen Jahren jedoch eine politische Dynamik erwachsen, die im Kontext der demokratischen Resilienz zunehmend kritisch hinterfragt werden muss: Die ausgeprägte Neigung amtierender Regierungen, authentische, inländisch motivierte Protestbewegungen durch den gezielten Verweis auf externe, staatliche Akteure – primär die Russische Föderation oder die Volksrepublik China – zu delegitimieren. Die diesem umfassenden Forschungsbericht zugrunde liegende These lautet, dass westliche Regierungen den Vorwurf der ausländischen Einmischung systematisch als politische Schutzbehauptung (Pretext) nutzen, um unliebsamen zivilgesellschaftlichen Dissens zu diskreditieren, innenpolitische Verfehlungen zu kaschieren und staatliche Repressionsmaßnahmen oder die Einschränkung von Grundrechten zu rechtfertigen. Dieser Mechanismus zeigt sich in seiner juristisch und politisch brisantesten Form an den Protesten der LKW-Fahrer im Rahmen des sogenannten „Freedom Convoy“ in Kanada im Frühjahr 2022. Die dortigen Entwicklungen stellen jedoch keinen isolierten Einzelfall dar. Vielmehr lässt sich dieses Verhaltensmuster als wiederkehrende diskursive und exekutive Strategie auch bei den französischen Gelbwesten-Protesten (2018–2019), den weitreichenden deutschen Bauernprotesten (2023–2024) sowie den Protesten der Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) in den Vereinigten Staaten beobachten.

Der vorliegende Bericht liefert eine erschöpfende, vergleichende und detailreiche Analyse dieser Dynamik. Er untersucht, in welchem exakten Verhältnis die nachweisbare reale Bedrohung durch russische Informationsmanipulation zu der rhetorischen Überhöhung durch Regierungsvertreter in den betroffenen Staaten steht. Durch die stringente Anwendung politikwissenschaftlicher Analysemodelle, insbesondere der Versicherheitlichungstheorie (Securitization Theory), des Konzepts der moralischen Exklusion (Moral Exclusion) sowie der

Theorie der bewaffneten Zuschreibung (Weaponized Attribution), wird im Detail dargelegt, wie die toxische Verschmelzung von berechtigten sicherheitspolitischen Bedenken mit reinem innenpolitischen Kalkül langfristig das Fundament der demokratischen Resilienz und der bürgerlichen Freiheitsrechte beschädigt.

## **2. Theoretische Fundierung: Versicherunglichung, Exklusion und Attributionsstrategien**

Um das Phänomen der instrumentalisierten Einmischungsvorwürfe wissenschaftlich tiefgreifend zu durchdringen, bedarf es der präzisen Einordnung in etablierte sicherheitspolitische, soziologische und kommunikationswissenschaftliche Theorien. Die Reaktionen westlicher Staaten auf zivilgesellschaftliche Protestbewegungen im Kontext hybrider Bedrohungen folgen wiederkehrenden theoretischen Mustern, die das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit definieren.

### **2.1 Die Versicherunglichung von Desinformation (Securitization Theory)**

Die maßgeblich von der Kopenhagener Schule (insbesondere durch die Arbeiten von Barry Buzan und Ole Wæver) geprägte Theorie der Versicherunglichung (Securitization) beschreibt den diskursiven Prozess, durch den ein originär politisches oder soziales Problem durch politische Eliten zu einer existenziellen Bedrohung für ein definiertes Referenzobjekt erhoben wird.<sup>5</sup> Zu diesen Referenzobjekten zählen klassischerweise die staatliche Souveränität, die nationale Sicherheit, die demokratische Integrität oder die öffentliche Ordnung.<sup>5</sup> Durch diesen sogenannten „Sprechakt“ (Speech Act) rechtfertigen Regierungen den Einsatz außergewöhnlicher, oft drastischer Maßnahmen, die außerhalb der normalen demokratischen Spielregeln und der regulären parlamentarischen Kontrolle liegen.<sup>5</sup>

Jüngste akademische Studien zur Versicherunglichung von ausländischer Desinformation zeigen auf, dass Regierungen zunehmend dazu übergehen, ausländische Informationsmanipulation als unmittelbare existenzielle Gefahr zu framen.<sup>5</sup> Die akademische Kritik an diesem Ansatz ist jedoch weitreichend und fundiert. Forscher argumentieren aus einer realistischen Perspektive, dass Versicherunglichung oftmals ein primär nutzenmaximierendes Werkzeug politischer Eliten ist, um die Ängste der Bevölkerung gezielt zu instrumentalisieren und politische Agenden oder Machtstrukturen durchzusetzen, die unter normalen, nicht-versicherunglichten Umständen keine gesellschaftliche oder parlamentarische Mehrheit fänden.<sup>5</sup> Insbesondere das Phänomen der „regressiven Versicherunglichung“ wird als ethisch hochproblematisch eingestuft, da sie fundamentale Freiheitsrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränkt, den politischen Debattenraum künstlich verengt und legitime abweichende Meinungen systematisch unterdrückt.<sup>5</sup>

Zudem verweisen Wissenschaftler wie Lene Hansen darauf, dass der Rahmen der Kopenhagener Schule oft westlich-zentriert ist und strukturelle Ungleichheiten ignoriert.<sup>5</sup> Eine anhaltende sogenannte Über-Versicherunglichung (Over-Securitization) führt unweigerlich zu gesellschaftlichem Misstrauen und beschädigt exakt jene demokratische Glaubwürdigkeit und

das institutionelle Vertrauen, welches der Staat vor ausländischen Akteuren vorgeblich zu schützen beabsichtigt.<sup>5</sup>

## 2.2 Moralische Exklusion und die Delegitimierung von Opposition

Ein weiterer zentraler theoretischer Baustein für das Verständnis staatlicher Reaktionen auf Proteste ist die Strategie der „Delegitimierung von Opposition“ durch moralische und diskursive Exklusion. Diese Taktik zielt in ihrer Essenz darauf ab, einen Akteur oder eine ganze soziale Gruppe aus dem Bereich der moralischen oder rechtlichen Akzeptanz der nationalen Gemeinschaft auszuschließen.<sup>9</sup> Historisch und in der vergleichenden Systemlehre ist dies ein Instrument, das primär autokratischen und totalitären Regimen zugeschrieben wird. Regime wie die Russische Föderation oder China nutzen diese Mechanismen im Rahmen inländischer Zensur oder transnationaler Repression intensiv, um politische Gegner, Dissidenten oder die im Exil lebende Diaspora als „fremd“, als „Verräter“, als „Vaterlandsverräter“ oder als unter „ausländischer ideologischer Kontrolle“ stehend zu brandmarken.<sup>9</sup> Durch Gesetze gegen „ausländische Agenten“ (Foreign Agents) wird Opposition legal exkludiert.<sup>9</sup>

Wenn westliche Demokratien nun inländische Proteste pauschal als Resultat ausländischer Einmischung framen, bedienen sie sich strukturell frappierend ähnlicher Mechanismen, wenn auch in einem rechtsstaatlich abgefederten Kontext. Der zivilgesellschaftliche Protest wird durch dieses Framing seines originär politischen, inländischen Kerns beraubt.<sup>2</sup> Die Kritiker werden von der Exekutive und den sie unterstützenden Medien nicht mehr als legitime Bürger mit realen sozioökonomischen, kulturellen oder grundrechtlichen Anliegen wahrgenommen, sondern als nützliche Idioten, verblendete Marionetten oder gar als direkte Agenten einer feindlichen Macht (beispielsweise subsumiert unter Kampfbegriffen wie „Russland-Versteher“, „gesteuerte Provokateure“ oder „Fünfte Kolonne“).<sup>9</sup> Der amerikanische Soziologe James Jasper bezeichnet diesen Mechanismus der Reduktion in ähnlichem Kontext prägnant als den „Mob Trope“, durch den Protestierende zu unvernünftigen, potenziell fremdgesteuerten und gewalttätigen Massen degradiert werden. Diese Degradierung macht die zwingend notwendige politische Auseinandersetzung mit dem eigentlichen „Warum“ des Protests für die Regierenden obsolet.<sup>17</sup>

## 2.3 Die Strategie der bewaffneten Zuschreibung (Weaponized Attribution)

Das akademische Konzept der „Weaponized Attribution“ (bewaffnete Zuschreibung) beschreibt die weitreichende Politisierung und strategische Nutzung der Zuschreibung von Verantwortlichkeiten im Informations- und Cyberraum.<sup>18</sup> Da die exakte Urheberschaft von Desinformationskampagnen (beispielsweise orchestriert über Netzwerke auf Telegram, X, vormals Twitter, oder Facebook) systemimmanent oft mit einem hohen Grad an technischer und analytischer Unsicherheit behaftet ist, wird die dezidierte *Entscheidung* einer Regierung, einen bestimmten inländischen Protest offiziell einer ausländischen Macht oder einem staatlich geförderten Akteur (State-sponsored Threat Actor) zuzuschreiben, zu einem hochpolitischen Akt der Abschreckung und der Diskurslenkung.<sup>18</sup>

Die Beweislast für diese Attributionen wird oftmals durch staatliche Geheimhaltungsstufen (Classified Intelligence) abgeschirmt, was eine unabhängige Überprüfung durch Medien oder die Zivilgesellschaft stark erschwert.<sup>21</sup> Dies ermöglicht es Regierungen, den innenpolitischen Diskurs nach Belieben zu steuern und die Opposition permanent in die Defensive zu drängen, da es für zivilgesellschaftliche Akteure nahezu unmöglich ist, nachrichtendienstliche Behauptungen über angebliche ausländische Finanzströme oder Bot-Netzwerke evidenzbasiert zu widerlegen oder in ihren wahren Proportionen darzustellen.<sup>2</sup>

## 2.4 Transnationale Repression und das illiberale Paradoxon

Ein weiterer Aspekt dieses Diskurses ist das sogenannte "illiberale Paradoxon". Während Demokratien legitimerweise Instrumente entwickeln müssen, um sich gegen feindliche FIMI-Kampagnen und transnationale Repression (wie die Bedrohung von Exilanten durch ausländische Geheimdienste) zu verteidigen<sup>10</sup>, laufen sie Gefahr, genau jene freiheitlichen Prinzipien zu opfern, die sie verteidigen wollen.<sup>15</sup> Die ständige Warnung vor dem "fremden Feind im Inneren" kann zu einer Aushöhlung des Rechtsstaats führen, bei der Maßnahmen ergriffen werden, die strukturell an autokratische Regimes erinnern, wie unverhältnismäßige Zensur, Überwachung oder das Verbot friedlicher Versammlungen.<sup>3</sup>

Analytisches Konzept	Definition und Mechanismus	Funktion für die Exekutive	Konsequenz für die Protestbewegung
<b>Securitization</b>	Konstruktion einer existenziellen Bedrohung durch Sprechakte.	Legitimation von Notstandsgesetzen und Umgehung parlamentarischer Kontrolle.	Suspendierung von Grundrechten; Kriminalisierung des Protests.
<b>Moral Exclusion</b>	Diskursiver Ausschluss aus der legitimen Gemeinschaft.	Abwehr inhaltlicher Kritik; Reduktion des Erklärungsdrucks.	Diffamierung als Verräter/Marionetten; gesellschaftliche Isolierung.
<b>Weaponized Attribution</b>	Gezielte Politisierung technischer Urheberzuschreibungen von FIMI.	Ablenkung von inländischen Politikfehlern auf geopolitische Feindbilder.	Beweislastumkehr; Zwang zur permanenten Distanzierung von fiktiven Sponsoren.

## 3. Fallstudie I: Kanada und der „Freedom Convoy“ (2022)

Das analytisch wertvollste und paradigmatischste Beispiel für die Versicherheitlichung eines originär zivilgesellschaftlichen Protests unter dem Vorwand (oder unter selektivem Teil-Einbezug) ausländischer Einmischung liefert Kanada während der Proteste des „Freedom Convoy“ im Januar und Februar 2022. Die dortige Ereigniskette verdeutlicht die Mechanismen

der exekutiven Überreaktion und der anschließenden juristischen Demontage staatlicher Schutzbehauptungen.

### **3.1 Sozioökonomische und politische Genese der Proteste**

Der „Freedom Convoy 2022“ formierte sich anfänglich Mitte Januar 2022 in den westlichen Provinzen Kanadas (mit Abfahrtsterminen ab dem 22. Januar aus British Columbia) als direkte Reaktion auf die verschärfte Impfpflicht für grenzüberschreitende LKW-Fahrer, die von der kanadischen Public Health Agency sowie korrespondierend von den Behörden der Vereinigten Staaten verhängt worden war.<sup>25</sup> Der Protest artikulierte tiefsitzende sozioökonomische Ängste einer spezifischen Berufsgruppe, wuchs jedoch rasch zu einer breiten, landesweiten Anti-Regierungs-Bewegung heran, die sich gegen sämtliche verbliebenen pandemiebedingten Restriktionen, die langanhaltende Lockdown-Politik und den als elitär wahrgenommenen Führungsstil des kanadischen Premierministers Justin Trudeau richtete.<sup>25</sup>

Ende Januar konvergierten hunderte schwere Fahrzeuge, Sattelschlepper und tausende Demonstranten in der Hauptstadt Ottawa und okkupierten weite Teile des Regierungsviertels (Wellington Street, Parliament Hill).<sup>25</sup> Parallel dazu formierten sich Blockaden an für Nordamerika wirtschaftlich kritischen Grenzübergängen, insbesondere der Ambassador Bridge (Ontario), in Coutts (Alberta) und Emerson (Manitoba).<sup>28</sup> Die andauernde Lärmbelästigung durch Fahrzeughörner, die Abgasemissionen und die massive Störung der grenzüberschreitenden Lieferketten setzten die politische Führung in Ottawa massiv unter Druck.<sup>25</sup>

### **3.2 Regierungskommunikation und die Beschwörung der ausländischen Einmischung**

Die kanadische Bundesregierung sah sich mit einem beispiellosen Kontrollverlust im Herzen der Hauptstadt konfrontiert, während lokale Polizeikräfte (Ottawa Police Service) überfordert schienen.<sup>25</sup> In diesem hochgradig angespannten Kontext wurden von Regierungsvertretern und staatsnahen Medien rasch Narrative etabliert, die eine weitreichende ausländische, spezifisch russische Einmischung, ideologische Steuerung und illegale Finanzierung der Proteste suggerierten.

Die Vize-Premierministerin und Finanzministerin Chrystia Freeland verwies wiederholt auf ausländische Finanzströme, die über Plattformen wie GoFundMe oder GiveSendGo flossen, und porträtierte diese als Bedrohung für die kanadischen Institutionen.<sup>22</sup> In parlamentarischen Ausschüssen (wie dem Standing Committee on Public Safety and National Security, SECU) wurde explizit auf die gravierende Gefahr hingewiesen, dass russische Desinformationskampagnen das Narrativ des Convoys als Teil eines größeren geopolitischen Angriffs nutzen, um die Gesellschaft zu spalten und die kanadische Regierung wegen ihrer Unterstützung für die Ukraine abzustrafen.<sup>22</sup> Die Protestierenden wurden von politischen Akteuren mit QAnon-Verschwörungstheorien, tiefen Staatsnetzwerken und ausländischen Agenden in Verbindung gebracht, was den Protest als illegitim und sicherheitsgefährdend brandmarkte.<sup>34</sup>

### 3.3 Die empirische Realität russischer Desinformation im Kontext des Convoys

Es ist analytisch entscheidend, die Faktenlage von der politischen Rhetorik zu trennen. Tatsächlich zeigen forensische Analysen – wie die detaillierten Untersuchungen der Forscherin Caroline Orr Bueno, die auch der Public Order Emergency Commission (POEC) und der Foreign Interference Commission vorgelegt wurden –, dass es eine messbare russische strategische Anteilnahme und Informationsverstärkung gab.<sup>37</sup>

Staatlich affilierte und vom Kreml gesteuerte russische Mediennetzwerke wie *RT (Russia Today)*, *Sputnik*, *SouthFront* und *Global Research* berichteten extensiv und unverhältnismäßig wohlwollend über den Freedom Convoy.<sup>37</sup> Sie framteten in ihren englischsprachigen Publikationen die kanadische Regierung als aggressiv und diktatorisch, während sie die Demonstranten als unschuldige Opfer polizeilicher Gewalt und staatlicher Willkür darstellten.<sup>37</sup> Die Plattform *SouthFront* rief wiederholt zum Rücktritt Trudeaus auf.<sup>37</sup>

Zudem offenbarte die Überwachung der Messenger-Plattform Telegram eine gezielte Unterwanderung. In den Monaten Januar und Februar 2022 wurden zahlreiche öffentliche Telegram-Kanäle (wie "Freedom Convoy" mit über 52.000 Mitgliedern oder "Global Freedom Convoy") zur Koordinierung des Protests geschaffen.<sup>37</sup> Diese Kanäle mutierten jedoch in erschreckender Geschwindigkeit zu reinen Verbreitungsplattformen für russische Propaganda. Suchanfragen nach dem Begriff "Russia" erzielten in diesen Netzwerken tausende von Treffern, und viele dieser Kanäle teilten schließlich unverhohlenen Pressemitteilungen des Kremls und rechtsextreme Verschwörungsmymen.<sup>37</sup>

**Die essenzielle Diskrepanz und die nachrichtendienstliche Bewertung:** Obwohl russische Mediennetzwerke den Protest massiv *amplifizierten*, zur gesellschaftlichen Polarisierung nutzten und die digitale Infrastruktur der Bewegung kaperten, ergaben die detaillierten Untersuchungen der kanadischen Geheimdienste (insbesondere des Canadian Security Intelligence Service, CSIS) und die späteren Aufarbeitungen, dass die politische Behauptung, Russland habe den Protest ursächlich *initiiert*, strategisch *gesteuert* oder gar durch massive verdeckte Zahlungen *finanziert*, empirisch unhaltbar war.<sup>21</sup>

Regierungsinterne Analysen des Finanzministeriums (Department of Finance) stuften die Bedrohung durch ausländische staatlich geförderte Akteure bei der finanziellen Unterstützung der Konvois letztlich als "gering" ("low") ein.<sup>31</sup> Der Geheimdienst CSIS betonte in seinen Stellungnahmen explizit, dass der Dienst gesetzlich daran gehindert sei, rechtmäßigen Protest oder legitimen inländischen Dissens zu überwachen, es sei denn, dieser erfülle die äußerst strengen Kriterien für Spionage, Sabotage oder Terrorismus gemäß Section 2 des CSIS Act.<sup>21</sup> Die ausländische Einmischung war demnach zutiefst parasitär und opportunistisch, jedoch keinesfalls die kausale Ursache des Aufbegehrens.

### 3.4 Juristische Aufarbeitung: Das Urteil des Federal Court von 2024

Auf dem Höhepunkt der Krise, am 14. Februar 2022, rief Premierminister Trudeau erstmalig in der modernen Geschichte Kanadas den *Emergencies Act* (das weitreichende nationale

Notstandsgesetz, das 1988 den War Measures Act ablöste) aus.<sup>29</sup> Diese Ausrufung ermöglichte weitreichende, außergewöhnliche Repressionsmaßnahmen ohne vorherige richterliche Prüfung.<sup>25</sup> Die umstrittenste Maßnahme war die weitreichende Anordnung an Finanzinstitute (Emergency Economic Measures Order), Bankkonten, Kreditkarten und Krypto-Wallets von Personen, die mit dem Protest in Verbindung standen, sofort und ohne Vorwarnung einzufrieren.<sup>31</sup> Die offizielle Begründung der Regierung stützte sich auf die akute Bedrohung der wirtschaftlichen Sicherheit Kanadas, den drohenden Zusammenbruch internationaler Lieferketten und vage definierte nationale Sicherheitsbedenken, in die das Narrativ der ausländischen Unterwanderung fortlaufend eingewoben wurde.<sup>25</sup>

Die These, dass die kanadische Regierung Bedrohungsszenarien künstlich überhöhte, um inländische Repressionsmaßnahmen zu rechtfertigen, findet ihre stärkste und historisch bedeutendste Bestätigung in einem wegweisenden Urteil des kanadischen Bundesgerichts (Federal Court of Canada) vom 23. Januar 2024 (Az. 2024 FC 42, verfasst von The Honourable Mr. Justice Mosley).<sup>25</sup>

Das Gericht urteilte nach sorgfältiger Prüfung der Beweislage, dass die Ausrufung des *Emergencies Act* "**unreasonable**" (**unangemessen**) und "**ultra vires**" (**außerhalb der gesetzlichen Befugnisse der Regierung**) war.<sup>25</sup> Die Begründung des Richters dekonstruiert die Schutzbehauptungen der Regierung systematisch in mehreren Punkten:

1. **Fehlen einer echten nationalen Notlage:** Das Gericht stellte fest, dass die gesetzliche Schwelle für eine „Bedrohung der Sicherheit Kanadas“ schlichtweg nicht erreicht wurde.<sup>25</sup> Justice Mosley wies darauf hin, dass der *Emergencies Act* ein Instrument der allerletzten Instanz ("tool of last resort") sei und nicht invoziert werden dürfe, nur weil es für die Exekutive politisch bequem sei oder effizienter wirke als bestehende Gesetze.<sup>25</sup> Die Definition einer Sicherheitsbedrohung im Notstandsgesetz ist strikt an die enge Definition des *CSIS Act* gebunden.<sup>25</sup> Wirtschaftliche Verwerfungen, Störungen des Handels und Verkehrsblockaden, so alarmierend sie für die Trudeau-Regierung auch gewesen sein mögen, erfüllen rechtlich nicht den engen Tatbestand der nationalen Sicherheit.<sup>25</sup> Ausnahmen bildeten lediglich isolierte Waffenfunde in Coutts, Alberta, die jedoch kein nationales Notstandsszenario rechtfertigten.<sup>30</sup>
2. **Unzureichende Ausschöpfung provinzieller Kapazitäten:** Es lag keine Situation vor, welche die ordnungsrechtlichen Kapazitäten der kanadischen Provinzen überstieg – ein weiteres zwingendes gesetzliches Kriterium für die Ausrufung.<sup>25</sup> Das Gericht wies darauf hin, dass die Behauptung der Regierung, der Notstand herrsche "in ganz Kanada", eine massive Übertreibung darstellte.<sup>25</sup> Tatsächlich hatten Provinzen wie Alberta, Nova Scotia oder Quebec bereits demonstriert, dass sie die Situation mit bestehenden polizeilichen Mitteln (dem Criminal Code und provinziellen Verkehrsgesetzen) auflösen konnten.<sup>25</sup>
3. **Gravierende Verfassungswidrigkeit der Maßnahmen:** Das Gericht entschied ferner, dass die spezifischen temporären Maßnahmen fundamentale Verfassungsrechte verletzen.<sup>30</sup> Das willkürliche Einfrieren der Bankkonten ohne richterlichen Beschluss verletzte das verfassungsmäßige Recht auf Sicherheit vor unangemessener Durchsuchung und Beschlagnahmung (Section 8 der Canadian Charter of Rights and

Freedoms).<sup>30</sup> Das de facto verhängte landesweite Verbot, zu den Protesten zu reisen oder diese zu finanzieren, verletzte in ungerechtfertigter Weise die Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Section 2(b) der Charter).<sup>30</sup> Keine dieser gravierenden Verletzungen konnte durch die Regierung unter Section 1 der Charta (verhältnismäßige Einschränkung in einer freien und demokratischen Gesellschaft) juristisch gerechtfertigt werden.<sup>44</sup>

### **3.5 Analytische Synthese der kanadischen Krise**

Die kanadische Fallstudie belegt in beispielloser Klarheit die verheerenden demokratischen Gefahren einer regressiven Versicherheitlichung und der Instrumentalisierung von Einmischungsnarrativen. Die Regierung Trudeau war mit einem massiven ordnungspolitischen Problem konfrontiert, das originär durch inländische Unzufriedenheit (Impfmandate, sozioökonomischer Druck, Entfremdung von den Eliten) ausgelöst wurde. Das strategisch forcierte Narrativ der ausländischen (insbesondere russischen) Beeinflussung sowie der stete Verweis auf eine angebliche ausländische Finanzierung und Unterwanderung boten der Exekutive eine bequeme epistemologische „Schutzbehauptung“.

Indem der Protest diskursiv in die direkte Nähe von feindlichen nationalen Sicherheitsbedrohungen und ausländischer Subversion gerückt wurde, konnte die Regierung Maßnahmen legitimieren (wie die massenhaften, außergerichtlichen Kontensperrungen), die unter normalen demokratischen Vorzeichen politisch toxisch und undenkbar gewesen wären. Das detaillierte Urteil von Richter Mosley dekonstruiert diesen rhetorischen Exekutiv-Akt juristisch und liefert den Beweis für die zugrunde liegende These: Wenn Staaten die Grenzen zwischen politischem Störfaktor und echter nationaler Sicherheitsbedrohung bewusst verwischen und die Existenz ausländischer Informationsmanipulation als Vorwand für inländische Repression nutzen, nehmen sie schwerwiegende Verfassungsbrüche billigend in Kauf.

## **4. Fallstudie II: Frankreich und die Gelbwesten-Bewegung (2018–2019)**

Ein strukturell in weiten Teilen deckungsgleiches Muster der rhetorischen Schutzbehauptung zeigte sich einige Jahre zuvor in Frankreich während der Hochphase der „Mouvement des Gilets jaunes“ (Gelbwesten-Bewegung).

### **4.1 Ursprung und Eskalation des Konflikts**

Der Protest entzündete sich im Herbst 2018 initial an einer von der Regierung geplanten Erhöhung der Kraftstoffsteuern (Ökosteuer), die insbesondere Pendler im ländlichen und peri-urbanen Raum hart traf.<sup>45</sup> Die Bewegung weitete sich rasch zu einem breiten, unstrukturierten Aufstand gegen die gesamte wirtschaftliche Reformpolitik, den Verlust ländlicher Infrastruktur und den als abgehoben und elitär wahrgenommenen Regierungsstil von Präsident Emmanuel Macron aus.<sup>46</sup> Die Gelbwesten bestanden primär aus hart arbeitenden Bürgern, Rentnern und Angehörigen der unteren bis mittleren Einkommensschichten, die sich

durch die Politik aus Paris strukturell abgehängt fühlen.<sup>46</sup>

## 4.2 Geopolitische Ablenkung durch die Exekutive

Mit der zunehmenden Radikalisierung, der oft von brutaler Gewalt begleiteten Persistenz der Proteste – gekennzeichnet durch brennende Barrikaden an Kreisverkehren und wöchentliche, teils zerstörerische Konfrontationen mit der Bereitschaftspolizei in Paris – geriet der Elysée-Palast unter enormen innenpolitischen Druck.<sup>46</sup> In dieser Phase begann die französische Regierungsebene, verstärkt externe Ursachen für die eskalierende inländische Instabilität zu suggerieren, um den Fokus der Debatte zu verschieben.

Präsident Macron deutete beispielsweise in Stellungnahmen gegenüber Journalisten im Januar 2019 explizit an, dass die Proteste durch „die Unterstützung einer ausländischen Macht“ orchestriert oder aufrechterhalten würden. Er verwies dabei namentlich auf die russischen Staatssender *RT* und *Sputnik*, die in ihrer Berichterstattung den Diskurs der Demonstranten übernahmen und förderten.<sup>47</sup> Diese Rhetorik diene offensichtlich dem Zweck, die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit von den tief verwurzelten sozioökonomischen Problemen im ländlichen Frankreich und den eigenen politischen Fehlkalkulationen auf eine geopolitische Bedrohungsebene abzulenken.<sup>46</sup>

## 4.3 Nachrichtendienstliche Realität vs. Informationsraum

Ähnlich wie in der späteren kanadischen Krise hielt das politische Narrativ einer geheimen Steuerung einer unabhängigen Überprüfung nicht stand. Unabhängige investigative Medien (wie *Mediapart*) enthüllten, dass interne Untersuchungen der französischen Geheimdienste sowie des Generalsekretariats für Verteidigung und nationale Sicherheit (Secrétariat général de la défense et de la sécurité nationale, SGDSN) **keine stichhaltigen Anhaltspunkte für eine direkte russische Steuerung, Finanzierung oder Initiierung** der Gelbwesten-Proteste finden konnten.<sup>47</sup>

Dies bedeutet jedoch im Umkehrschluss nicht, dass der digitale Informationsraum frei von fremden Einflüssen war. Eine weitreichende Studie der globalen Bürgerbewegung Avaaz dokumentierte, dass gezielte Falschmeldungen und Desinformationen rund um die Gelbwesten auf der Plattform Facebook enorme 105 Millionen Aufrufe generierten.<sup>45</sup> Institutionen wie die Alliance for Securing Democracy (ASD) des German Marshall Fund zeigten durch Datenanalysen auf, dass Hunderte von russisch-affilierten Twitter-Accounts (Troll-Netzwerke) die populären Hashtags #giletsjaunes aktiv befeuerten und nutzten.<sup>46</sup>

Der Forscher Maxime Audinet (Institut français des relations internationales, IFRI) lieferte hierzu eine entscheidende analytische Unterscheidung, die für das Verständnis des Phänomens FIMI in Demokratien essenziell ist: Russische Desinformationskampagnen agieren nicht als magische Instrumente, um aus dem Nichts *neue* Demonstranten zu mobilisieren oder Unruhen zu erschaffen.<sup>48</sup> Ihr primäres Ziel ist vielmehr die parasitäre Verstärkung bereits existierender gesellschaftlicher Risse und die maximale Polarisierung der öffentlichen Debatte.<sup>45</sup> Sie nutzen die ohnehin vorhandenen Proteste als ideale Projektionsfläche, um den liberalen Westen zu diskreditieren und die Demokratien als chaotisch, gewalttätig und im Zerfall begriffen darzustellen.<sup>46</sup>

**Schlussfolgerung Frankreich:** Macron nutzte die tatsächliche Existenz russischer Desinformationsverstärker im digitalen Raum als klassische rhetorische Schutzbehauptung. Indem er die ausländische Einmischung medial überbetonte, versuchte er, die moralische Legitimität der Gelbwesten zu untergraben und seine eigene politisch angeschlagene Position zu stützen. Die Strategie des "Weaponized Attribution" wurde eingesetzt, um einen gefährlichen innenpolitischen Flächenbrand geopolitisch umzudeuten und so den Erklärungsdruck für unpopuläre Reformen zu minimieren.

## **5. Fallstudie III: Die Bauernproteste in Deutschland (2023–2024)**

Eine hochaktuelle Manifestation dieses Musters der diskursiven Delegitimierung bietet die politische und parlamentarische Debatte um die flächendeckenden Bauernproteste in Deutschland, die Ende 2023 als Reaktion auf abrupte Subventionskürzungen der Bundesregierung (insbesondere die geplante Streichung der Agrardiesel-Rückvergütung) ihren Anfang nahmen.<sup>49</sup> Was als branchenspezifischer Protest des Agrarsektors begann, gipfelte im Januar 2024 in massiven, bundesweiten Mobilisierungen und Straßenblockaden, die das Land zeitweise in den Ausnahmezustand versetzten.<sup>49</sup>

### **5.1 Reale Bedrohungen im Informationsraum durch FIMI**

Es ist empirisch unbestritten, dass die Bundesrepublik Deutschland ein primäres Hauptziel groß angelegter russischer Desinformationskampagnen ist. Der weitreichende Threat Report des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) für das Jahr 2024 sowie diverse Netzwerkanalysen weisen massive russische FIMI-Aktivitäten nach.<sup>52</sup> Deutschland wurde im Berichtszeitraum als eines der am stärksten angegriffenen Länder identifiziert.<sup>52</sup> Zu den eingesetzten Infrastrukturen zählen die berüchtigte „Doppelgänger“-Kampagne (das exakte Klonen legitimer Nachrichtenseiten zur Verbreitung von Fake News und pro-russischen Narrativen) sowie das Netzwerk „Portal Komбат“ (Pravda-Netzwerk), welches über 200 inauthentische Medienkanäle in 35 Sprachen betreibt und mit Automatisierung sowie KI-generierten Inhalten operiert, um lokale Informationsräume zu überschwemmen.<sup>52</sup>

Experten wie Ferdinand Alexander Gehringer (Konrad-Adenauer-Stiftung) ordnen Russland während Anhörungen im Deutschen Bundestag klar als die „größte Bedrohung für Deutschland“ im Bereich hybrider Angriffe ein.<sup>54</sup> Das Ziel dieser Kampagnen ist die Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung und die Untergrabung der Unterstützung für die Ukraine.<sup>54</sup> Im spezifischen Rahmen der Bauernproteste wurde zudem offenkundig, dass radikale und rechtsextreme Netzwerke (darunter Überreste der „Querdenker“-Bewegung, Reichsbürger und AfD-nahe Strukturen) versuchten, den originären Protest der Landwirte zu kapern und ideologisch zu unterwandern.<sup>49</sup> Forscherinnen wie Pia Lamberty (CeMAS) dokumentierten umfangreiche Aufrufe in sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten zu einem sogenannten „Generalstreik“, bei dem es inhaltlich längst nicht mehr um Agrarpolitik oder Dieselsubventionen ging, sondern um die systematische Aushöhlung des Vertrauens in die parlamentarische Demokratie und den Sturz der Regierung.<sup>56</sup>

## 5.2 Die politische Debatte und der Vorwurf der Schutzbehauptung im Bundestag

Trotz dieser absolut nachweisbaren Umtriebe im Informationsraum und dem echten Versuch der Unterwanderung durch extremistische Gruppen wird der Bundesregierung (und den sie tragenden Parteien) von Kritikern und Oppositionellen vorgeworfen, das Narrativ der russischen Desinformation und rechten Unterwanderung politisch zu missbrauchen. Die überproportionale mediale und politische Fokussierung auf „russische Desinformation“ erfüllt, so der Vorwurf, eine entlastende Funktion für die Regierung: Sie depolitisiert die materiellen und wirtschaftlichen Forderungen der Landwirte und legitimierte die anfängliche Weigerung der Politik, ernsthafte Zugeständnisse zu machen.

In der politischen Arena des Deutschen Bundestages nutzen Oppositionsparteien diesen Umstand für scharfe parlamentarische Gegenangriffe. Vertreter des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), der Partei Die Linke sowie der Alternative für Deutschland (AfD) werfen den Regierungsparteien (sowie teilweise der CDU/CSU) vor, die Warnungen vor russischer Einmischung primär als Instrument der Diffamierung zu nutzen.<sup>55</sup>

- **Der Fall BSW:** Der Europaabgeordnete Fabio De Masi (BSW) kritisierte öffentlich scharf, dass Vizekanzler Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) dem BSW Verbindungen zu russischer und chinesischer Desinformation unterstelle. De Masi bezeichnete dies seinerseits als Desinformation der Regierung, die einer Versachlichung der politischen Debatte systematisch im Wege stehe und nur dazu diene, unliebsame Konkurrenten zu diskreditieren.<sup>58</sup> Er wies zudem Berichte über russische Finanzierungen als widerlegt zurück.<sup>58</sup>
- **Der Fall Die Linke:** Abgeordnete der Fraktion Die Linke, wie Clara Bünger, monierten in hitzigen parlamentarischen Debatten, dass konservative Kampagnen und "Kleine Anfragen" zur Unterwanderung primär das Ziel verfolgten, Zivilgesellschaft und legitimen Protest einzuschüchtern. Der ständige Vorwurf der Diffamierung führe dazu, dass Gesellschaften ihre Widerstandskraft verlieren.<sup>60</sup>
- **Der Fall AfD:** Die AfD, die paradoxerweise selbst Gegenstand weitreichender in- und ausländischer Untersuchungen bezüglich russischer Verstrickungen, finanzieller Abhängigkeiten und der Verbreitung von Desinformation ist<sup>50</sup>, verweist darauf, dass die Regierung „kulturelle Identität“ auf eine Schuldkultur reduziere und echte Protestanliegen der Bürger als gesteuert diskreditiere.<sup>59</sup> Der Verfassungsschutz warnte explizit vor KI-generierten Deepfakes und russischer Propaganda vor den Landtagswahlen, was von der AfD oft als regierungstreue Panikmache abgetan wird.<sup>63</sup>

**Erkenntnisse der dritten Ordnung (Deutschland):** Der Diskurs in Deutschland offenbart eine hochkomplexe argumentative Spirale. Die Desinformations-Bedrohung durch russische Akteure ist empirisch hochvalide und stellt ein enormes Sicherheitsrisiko dar.<sup>52</sup> Dennoch nutzen Regierungsparteien diese unbestreitbare Faktenlage rhetorisch geschickt, um eine Asymmetrie der Verantwortlichkeit herzustellen. Indem ein Protest durch den Makel der "ausländischen Einmischung" oder der "rechten Unterwanderung" gerahmt wird, steigt der Erklärungsdruck für die Demonstranten und die sie vertretenden Verbände (wie den Bauernverband) ins

Unermessliche. Sie müssen sich permanent distanzieren.<sup>56</sup> Die Regierung hingegen kann sich auf die moralisch überlegene Position der "Verteidigung der Demokratie" berufen und so der inhaltlichen Auseinandersetzung um Agrarsubventionen vorübergehend entgehen. Die Versicherheitlichung wird hierzulande subtiler und rechtsstaatlich konformer angewandt als in Kanada (kein Rückgriff auf Notstandsgesetze), entfaltet aber im medialen Raum dieselbe diskursive Delegitimationswirkung.

## **6. Fallstudie IV: Black Lives Matter und die Rassismusdebatte in den USA**

Ein kontraintuitives, aber äußerst aufschlussreiches Beispiel für die Einmischungsdebatte bietet die Berichterstattung und politische Einordnung der Black Lives Matter (BLM)-Bewegung in den USA nach dem Tod von George Floyd im Mai 2020.<sup>66</sup>

### **6.1 Die Rolle der Internet Research Agency (IRA)**

Im Vorfeld und während der US-Präsidentchaftswahlen operierten russische Troll-Fabriken, allen voran die berüchtigte Internet Research Agency (IRA), massiv auf Plattformen wie Facebook, Instagram und Twitter.<sup>1</sup> Ihre Strategie unterschied sich jedoch fundamental von der simplen, eindimensionalen Unterstützung einer politischen Seite. Die IRA kreierte Hunderte von falschen Profilen und Identitäten. Einige dieser Fake-Personas griffen die BLM-Bewegung mit rassistischen Narrativen an und verurteilten die Proteste als marxistisch, während andere Profile wiederum explizit *weiß-nationalistische* Gruppen verurteilten. Wiederum andere Profile traten als scheinbar radikale afroamerikanische BLM-Unterstützer auf und riefen zu gewaltsamen Aktionen gegen die Polizei auf.<sup>1</sup>

Das exklusive Ziel dieser russischen Operation war nicht der Sieg einer Ideologie, sondern die Maximierung der gesellschaftlichen Polarisierung, die Manipulation des öffentlichen Diskurses über sensible Rassenfragen und die Disruptierung des demokratischen politischen Prozesses der USA durch das Säen von Chaos und gegenseitigem Hass.<sup>1</sup> Russische Staatsmedien berichteten ausgiebig über die BLM-Proteste und framteten sie als Zeichen des Verfalls westlicher Werte und Institutionen, während sie versuchten, Parallelen zu häuslicher Polizeigewalt in Russland zu vermeiden.<sup>69</sup>

### **6.2 Symmetrische Manipulation und asymmetrische Delegitimierung**

In der hitzigen innenpolitischen Diskussion der USA nutzten konservative und regierungsnahe Kräfte (insbesondere unter der Trump-Administration) Falschinformationen – die teils in genau diesen russischen Netzwerken ihren Ursprung hatten –, um die authentische BLM-Bewegung systematisch zu diskreditieren.<sup>66</sup> Demonstranten wurden pauschal durch unwahre Behauptungen diffamiert, etwa dass BLM offiziell als terroristische Gruppe eingestuft worden sei oder dass Aktivisten gezielt Vorstädte und ältere weiße Bürger angreifen würden (Behauptungen, die später von Fact-Checkern widerlegt wurden).<sup>66</sup>

Akademische Analysen zur Versicherheitlichung von BLM durch US-Gouverneure und Bürgermeister zeigen deutlich auf, dass die Proteste oftmals in regressive Narrative gepresst

wurden, wie das "Alienated Outsider Frame" (Frame des entfremdeten Außenseiters), um polizeiliche Repression und den Einsatz von Bundestruppen zu rechtfertigen.<sup>6</sup> Die zivilgesellschaftlichen BLM-Aktivisten sahen sich daraufhin gezwungen, erhebliche zeitliche und finanzielle Ressourcen in die Bekämpfung dieser von außen und innen gespeisten Desinformation zu investieren, um ihre Bewegung in der öffentlichen Wahrnehmung legitim zu halten.<sup>66</sup> Dieses Fallbeispiel illustriert eindrucksvoll, dass die bloße Präsenz und Aufdeckung ausländischer Informationsmanipulation im Umfeld einer sozialen Bewegung völlig ausreichend ist, um inländischen politischen Gegnern die rhetorische Munition zur diskursiven Vernichtung des Protests zu liefern.

## Vergleichende Übersicht der untersuchten Fallstudien

Fallstudie	Inländischer Auslöser (Grievance)	Nachweisbare externe FIMI-Aktivität	Reaktion/Framing der Regierung	Resultierende staatliche Maßnahmen
<b>Kanada (Freedom Convoy, 2022)</b>	Impfmandate, weitreichende Lockdown-Politik, Trucker-Auflagen	Amplifizierung durch RT, SouthFront, Kaperung von Telegram-Kanälen; QAnon-Synergien. Geringe direkte Finanzierung.	Fokus auf nationale Sicherheitsbedrohung, Unterwanderung, ausländische Finanzierung.	Ausrufung des <i>Emergencies Act</i> , Kontensperrungen (2024 vom Federal Court als unangemessen und verfassungswidrig verurteilt).
<b>Frankreich (Gelbwesten, 2018-19)</b>	Erhöhung von Kraftstoffsteuern, ländlicher sozioökonomischer Abstieg	Massive virale Verbreitung von Fake News (105 Mio. Views); Troll-Aktivitäten; RT/Sputnik-Berichterstattung.	Macron verweist öffentlich auf Einmischung durch ausländische Sender als treibende Kraft.	Diskursive Isolierung der Protestierenden; harte polizeiliche Gangart. Keine Beweise für externe Initiierung.
<b>Deutschland (Bauernproteste, 2023-24)</b>	Agrarsubventionskürzungen (Agrardiesel) der Ampelkoalition	"Doppelgänger"- und "Portal Kombat"-Kampagnen; Unterwanderungsversuche durch AfD/Rechtsextremie.	Betonung von Desinformation und rechter Unterwanderung ("Generalstreik"-Narrativ).	Politische Defensive der Protestverbände (permanenter Abgrenzungszwang); Depolitisierung der Forderungen.
<b>USA (Black Lives Matter, 2020)</b>	Polizeigewalt, struktureller Rassismus (Fall	Internet Research Agency (IRA) schuf	Konservative Akteure nutzten Falschmeldungen,	Versicherheitslichung auf Bundesstaatsebene

	George Floyd)	Fake-Personas auf beiden Seiten, um systematisch Rassenkonflikte zu schüren.	um BLM als kriminelles Terrornetzwerk zu framen.	e; starker Druck auf zivilgesellschaftliche Organisatoren; Einsatz von Bundestruppen.
--	---------------	--	--	---

## 7. Vergleichende Analyse und Meta-Erkenntnisse (Second- & Third-Order Insights)

Die vergleichende Analyse des umfassend zur Verfügung stehenden empirischen, juristischen und theoretischen Materials <sup>5</sup> lässt weitreichende und nuancierte Schlüsse über die Natur politischer Kommunikation in Zeiten asymmetrischer hybrider Kriegsführung zu. Die dem Bericht zugrunde liegende These des Nutzers erweist sich als strukturell fundiert, verlangt jedoch in der wissenschaftlichen Bewertung nach einer präzisen Ausdifferenzierung. Es existiert keine einfache Täter-Opfer-Umkehr, sondern eine hochkomplexe Symbiose zwischen tatsächlicher, aggressiver ausländischer Einmischung einerseits und zynischer innenpolitischer Instrumentalisierung andererseits.

### 7.1 Die Asymmetrie der Attribution und der parasitäre Charakter von FIMI

Die erste und womöglich wichtigste zentrale Erkenntnis betrifft die eigentliche Wirkungsweise russischer und chinesischer Desinformationsstrategien. Entgegen dem von westlichen Regierungen oft eindimensional propagierten Bild einer allmächtigen "Puppenspieler"-Dynamik (bei der beispielsweise Russland Proteste im Westen aus dem Nichts erfindet, finanziert oder wie Marionetten steuert), operiert FIMI in liberalen Demokratien fast ausschließlich *parasitär* und opportunistisch.<sup>45</sup>

Autokratische Akteure benötigen unweigerlich existierende, tief verwurzelte inländische Risse – seien es umstrittene Impfmandate in Kanada, steigende Benzinpreise und ländliche Armut in Frankreich, Subventionskürzungen für Landwirte in Deutschland oder systemischer Rassismus in den USA –, um ihre digitalen Propagandanetzwerke effektiv andocken zu lassen.<sup>1</sup> Sie verstärken das Feuer, sie legen es nicht.

Dies führt zu einer systematischen **Asymmetrie der Attribution**: Wenn ein zivilgesellschaftlicher Protest den politischen Status quo und die amtierende Regierung ernsthaft und gefährlich bedroht (wie bei den Krisen um Trudeau oder Macron), greift die betroffene Exekutive überproportional schnell und weitreichend auf das Narrativ der ausländischen Einmischung zurück. Die geopolitische Realität, dass *immer* russische oder feindliche Trolle versuchen werden, signifikante gesellschaftliche Konflikte im Westen digital hochzuspielen <sup>1</sup>, bietet Regierungen eine permanente, jederzeit abrufbare und bequeme "Schutzbehauptung". Sie können faktisch korrekt auf einen realen (aber oft numerisch marginalen oder kausal sekundären) Einfluss ausländischer Netzwerke verweisen, um den

primären, hausgemachten Grund des Protests in den Schatten zu stellen.<sup>5</sup>

## 7.2 Der Kollateralschaden der Über-Versicherheitlichung

Der strategische Rückgriff auf Einmischungsnarrative zur Bewältigung inländischer Proteste erzeugt tiefgreifende Kollateralschäden für die demokratische und rechtsstaatliche Architektur. Wie die kanadische Fallstudie prägnant und juristisch unanfechtbar belegt, senkt das künstliche Framing eines Protests als "fremdgesteuerte nationale Sicherheitsbedrohung" die politische Hemmschwelle für den Einsatz autoritärer Kontrollinstrumente (z. B. die Reaktivierung von Notstandsrecht, die Umgehung richterlicher Vorbehalte bei weitreichenden Kontensperrungen) drastisch.<sup>25</sup>

Das aufsehenerregende Urteil des Federal Court of Canada unter Justice Mosley aus dem Jahr 2024 ist in diesem rechtsphilosophischen Kontext ein Meilenstein.<sup>25</sup> Es demonstriert juristisch, dass die Exekutive in Stresssituationen stark dazu neigt, den eng gefassten gesetzlichen Begriff der "nationalen Sicherheit" aufzuweichen, wenn sie unter extremem innenpolitischem und wirtschaftlichem Druck steht. Diese exekutive Über-Versicherheitlichung führt zu einer fatalen paradoxen Situation: Um die Demokratie angeblich vor feindlichen autokratischen Einflüssen zu schützen, suspendiert der Staat exakt jene verfassungsmäßigen Grundrechte (Meinungsfreiheit nach Section 2(b), Schutz vor unangemessener Beschlagnahmung nach Section 8), die ihn von Autokratien unterscheiden.<sup>30</sup> Akademische Kritiker weisen folgerichtig darauf hin, dass diese Form der Regierungspolitik exakt das psychologische Ziel erreicht, das feindliche FIMI-Kampagnen beabsichtigen: Sie zerstört nachhaltig das Vertrauen der eigenen Bürger in die Verhältnismäßigkeit der Rechtsstaatlichkeit und die Integrität der demokratischen Institutionen.<sup>5</sup>

## 7.3 Die Erosion der Zivilgesellschaft und das illiberale Paradoxon

Ein dritter weitreichender Effekt ist die systematische Einschüchterung der Zivilgesellschaft. Wenn Protestierende chronisch dem Verdacht ausgesetzt werden, als Agenten, Verräter oder "nützliche Idioten" Moskaus zu agieren, schrumpft der legitime Raum für politischen Dissens auf ein Minimum. In der Soziologie und Politikwissenschaft wird dies als *Delegitimierung durch moralische Exklusion* bezeichnet.<sup>9</sup>

Im Diskurs des Deutschen Bundestages argumentieren Oppositionspolitiker aus verschiedenen Lagern (trotz inhaltlicher Differenzen) treffend, dass die ständigen exekutiven Warnungen vor Desinformation und Unterwanderung zunehmend auch ein Instrument sind, um politische Mitbewerber und legitime zivilgesellschaftliche Gruppen in Erklärungsnot zu bringen und moralisch abzuwerten.<sup>58</sup> Die gesellschaftliche Beweislast wird perfide umgekehrt: Protestierende müssen proaktiv beweisen, dass sie *nicht* von feindlichen Mächten beeinflusst sind oder dass sie sich von Randgruppen distanzieren, bevor man sich überhaupt inhaltlich mit ihren legitimen materiellen Forderungen auseinandersetzt.<sup>56</sup>

Dieser Mechanismus spiegelt – wenn auch in abgemilderter, rechtsstaatlicher Form – exakt jene Narrative aus autoritären Staaten wider, in denen jegliche inländische Opposition per se als "vom Westen gesteuert" (z. B. als Foreign Agents) gebrandmarkt wird, um sie brutal zu zerschlagen.<sup>9</sup> Demokratien laufen somit akut Gefahr, tief in das sogenannte "illiberale

Paradoxon" zu geraten, indem sie bei der notwendigen Abwehr autokratischer Einflüsse selbst illiberale Kontroll- und Diskreditierungsmuster übernehmen und etablieren.

## 8. Fazit

Die umfassende Untersuchung der vorgelegten empirischen Fakten, juristischen Urteile und politikwissenschaftlichen Diskurse bestätigt die eingangs formulierte These vollumfänglich, differenziert sie jedoch in ihrer komplexen kausalen Mechanik. Der Vorwurf der ausländischen Einmischung wird von westlichen Demokratien im Umgang mit innenpolitischen Protesten tatsächlich wiederkehrend als politisches Werkzeug – mithin als Schutzbehauptung – instrumentalisiert.

Diese Strategie funktioniert politisch so exzellent und ist derart schwer zu widerlegen, weil die Schutzbehauptung stets auf einem wahren, belegbaren Kern beruht: Russische und andere staatliche FIMI-Kampagnen (wie Doppelgänger oder Portal Kombat) existieren massiv, sie sind aggressiv, und sie verstärken nachweislich Spaltungstendenzen im digitalen Raum. Der manipulative Akt westlicher Regierungen besteht jedoch nicht in der *Erfindung* dieser Bedrohung, sondern in ihrer **strategischen Überhöhung und Entkontextualisierung**. Regierungen verwechseln in ihrer Krisenkommunikation – oft wider besseres nachrichtendienstliches Wissen – böswillige Amplifikation mit ursächlicher Verursachung. Wie der kanadische "Freedom Convoy" und das spätere unmissverständliche Gerichtsurteil des Federal Court gegen die Anwendung des Emergencies Act exemplarisch und endgültig beweisen, dient die künstliche Versicherheitlichung von Protesten durch den Einmischungsvorwurf allzu oft dazu, eigenes politisches Versagen zu kaschieren, die moralische Integrität der Demonstranten zu zerstören und drastische, bisweilen verfassungswidrige Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen zu legitimieren.

Wenn demokratische Staaten den Vorwurf der ausländischen Beeinflussung als pauschale Waffe gegen unliebsamen inländischen Dissens einsetzen, entwerten sie den Begriff der nationalen Sicherheit. Sie leisten der Destabilisierung und der Polarisierung der eigenen Gesellschaft damit einen weitaus nachhaltigeren Vorschub, als es hybride ausländische Desinformationskampagnen durch Troll-Netzwerke allein jemals vermögen könnten. Das Gebot einer wehrhaften, liberalen Demokratie muss es in Zukunft daher sein, Informationsmanipulation präzise und transparent forensisch aufzuklären, ohne diese Erkenntnisse als bequemen Vorwand zur Depolitisierung realer innergesellschaftlicher Konflikte zu missbrauchen.

## Referenzen

1. Virtual Hatred: How Russia Tried to Start a Race War in the United States, Zugriff am April 6, 2026, <https://repository.law.umich.edu/mjrl/vol24/iss2/2/>
2. Blunting Foreign Interference Efforts by Learning the Lessons of the Past - Center for American Progress, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.americanprogress.org/wp-content/uploads/sites/2/2020/08/Foreign-Interference-report.pdf>
3. REPORT on foreign interference in all democratic processes in the European

- Union, including disinformation | A9-0022/2022, Zugriff am April 6, 2026, [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0022\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0022_EN.html)
4. Trends in Online Influence Efforts - Jacob N. Shapiro, Zugriff am April 6, 2026, <https://jns.scholar.princeton.edu/document/160>
  5. The securitization of foreign disinformation, Zugriff am April 6, 2026, <https://securityanddefence.pl/The-securitization-of-foreign-disinformation,190799,0,2.html>
  6. Constructing a Security Threat? - <https://uu.diva-portal.org>, Zugriff am April 6, 2026, <https://uu.diva-portal.org/smash/get/diva2:1560041/FULLTEXT01.pdf>
  7. (PDF) The securitization of foreign disinformation - ResearchGate, Zugriff am April 6, 2026, [https://www.researchgate.net/publication/382489761\\_The\\_securitization\\_of\\_foreign\\_disinformation](https://www.researchgate.net/publication/382489761_The_securitization_of_foreign_disinformation)
  8. Security through protest: Critiquing anti-protest policies using securitization, Zugriff am April 6, 2026, <https://ppp-online.org/view-all-volumes/security-through-protest-critiquing-anti-protest-policies-using-securitization/>
  9. Disinformation as repression signaling: the cost of dissent in Russia, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01419870.2026.2624637>
  10. The Use of Transnational Repression in the Name of Security: Implications and Concerns, Zugriff am April 6, 2026, <https://icct.nl/sites/default/files/2025-08/Siampakou%20-%20The%20Use%20of%20Transnational%20Repression.pdf>
  11. Inside China's machinery of repression — and how it crushes dissent around the world - ICIJ, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.icij.org/investigations/china-targets/china-transnational-repression-dissent-around-world/>
  12. Foreign Influence and Democratic Governance, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.cfr.org/reports/foreign-influence-and-democratic-governance>
  13. Digital Democracy in a Divided Global Landscape, Zugriff am April 6, 2026, <https://carnegieendowment.org/research/2025/05/digital-democracy-in-a-divided-global-landscape>
  14. Challenging Autocrats Abroad: Opposition Parties on the International Stage - UC Berkeley, Zugriff am April 6, 2026, <https://escholarship.org/content/qt8rt085br/qt8rt085br.pdf>
  15. Freedom, conflict, and the eclipse of emancipation: a positional ..., Zugriff am April 6, 2026, <https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC12967923/>
  16. Between the Wall and the Towers: Gender and the Performance of Foreign Policy during the Clinton Administration, 1993-2001 - UQ eSpace - The University of Queensland, Zugriff am April 6, 2026, [https://espace.library.uq.edu.au/view/UQ:377572/s42244587\\_phd\\_submission.pdf](https://espace.library.uq.edu.au/view/UQ:377572/s42244587_phd_submission.pdf)
  17. A Narrative Analysis of the January 6th Capitol Riot: Melodramatic Political Discourse - ScholarWorks @ UTRGV, Zugriff am April 6, 2026, <https://scholarworks.utrgv.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2451&context=etd>

18. Disinformation, deterrence and the politics of attribution - Oxford Academic, Zugriff am April 6, 2026, <https://academic.oup.com/ia/article-pdf/101/3/967/62809054/iaf012.pdf>
19. The 2018 National Defense Strategy: Continuity and Competition - Air University, Zugriff am April 6, 2026, [https://www.airuniversity.af.edu/Portals/10/SSQ/documents/Volume-12\\_Issue-2/Summer2018.pdf](https://www.airuniversity.af.edu/Portals/10/SSQ/documents/Volume-12_Issue-2/Summer2018.pdf)
20. Attribution and Operational Art: Implications for Competing in Time - Air University, Zugriff am April 6, 2026, [https://www.airuniversity.af.edu/Portals/10/SSQ/documents/Volume-12\\_Issue-2/February2018.pdf](https://www.airuniversity.af.edu/Portals/10/SSQ/documents/Volume-12_Issue-2/February2018.pdf)
21. Special Joint Committee on the Declaration of Emergency - Canada.ca, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.canada.ca/en/security-intelligence-service/corporate/transparency/special-joint-committee-on-the-declaration-of-emergency.html>
22. Evidence - SECU (44-1) - No. 125 - House of Commons of Canada, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.ourcommons.ca/documentviewer/en/44-1/SECU/meeting-125/evidence>
23. Winning the Battle of Ideas: Exposing Global Authoritarian Narratives and Revitalizing Democratic Principles - NATIONAL ENDOWMENT FOR DEMOCRACY, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.ned.org/winning-the-battle-of-ideas-exposing-global-authoritarian-narratives-and-revitalizing-democratic-principles/>
24. Committee on Political Affairs and Democracy Foreign interference: a threat to democratic security in Europe - https://rm.coe.int, Zugriff am April 6, 2026, <https://rm.coe.int/committee-on-political-affairs-and-democracy-foreign-interference-a-th/1680b4a031>
25. 20240123 Dockets: T-306-22 T-316-22 T-347-22 T-382-22 Citation: 2024 FC 42 Ottawa, Ontario, January 23, 2024 PRESENT - Federal Court, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.fct-cf.ca/Content/assets/pdf/base/2024.01.23-306-22-T-316-22-T-347-22-T-382-22.pdf>
26. Canada convoy protest - Wikipedia, Zugriff am April 6, 2026, [https://en.wikipedia.org/wiki/Canada\\_convoy\\_protest](https://en.wikipedia.org/wiki/Canada_convoy_protest)
27. Parliamentary Committee Notes: Evolution of the Freedom 2022 Convoy, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.publicsafety.gc.ca/cnt/trnsprnc/brfng-mtrls/prlmntry-bndrs/20221013/04-en.aspx>
28. Parliamentary Committee Notes: Invoking the Emergencies Act - Public Safety Canada, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.publicsafety.gc.ca/cnt/trnsprnc/brfng-mtrls/prlmntry-bndrs/20221013/07-en.aspx>
29. Report of the Public Inquiry into the 2022 Public Order Emergency, Volume 1: Overview, Zugriff am April 6, 2026,

- <https://publicorderemergencycommission.ca/files/documents/Final-Report/Vol-1-Report-of-the-Public-Inquiry-into-the-2022-Public-Order-Emergency.pdf>
30. Ultra Vires and Unreasonable: Federal Court rules on invocation of the Emergencies Act - York University, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.yorku.ca/osgoode/thecourt/2024/11/12/ultra-vires-and-unreasonable-federal-court-rules-on-invocation-of-the-emergencies-act/>
  31. Report of the Public Inquiry into the 2022 Public Order Emergency, Volume 3: Analysis (Part 2) and Recommendations, Zugriff am April 6, 2026, <https://publicorderemergencycommission.ca/files/documents/Final-Report/Vol-3-Report-of-the-Public-Inquiry-into-the-2022-Public-Order-Emergency.pdf>
  32. No, CBC News did not retract its stories on convoy protest donations, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.cbc.ca/news/editorsblog/cbc-stands-by-convoy-protest-donation-journalism-1.6490129>
  33. Evidence - DEDC (44-1) - No. 18 - Parliament of Canada, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.parl.ca/documentviewer/en/44-1/DEDC/meeting-18/evidence>
  34. Evidence - SECU (44-1) - No. 17 - House of Commons of Canada, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.ourcommons.ca/documentviewer/en/44-1/SECU/meeting-17/evidence>
  35. POEC - Volume 30 - November 24, 2022 - Public Order Emergency Commission, Zugriff am April 6, 2026, <https://publicorderemergencycommission.ca/files/documents/Transcripts/POEC-Public-Hearings-Volume-30-November-24-2022.pdf>
  36. Parliamentary Committee Notes: Foreign Interference - Public Safety Canada, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.publicsafety.gc.ca/cnt/trnsprnc/brfng-mtrls/prlmntry-bndrs/20220914/24-en.aspx>
  37. russia's role in the far-right truck convoy: an - analysis of russian state media activity related to - Foreign Interference Commission, Zugriff am April 6, 2026, [https://foreigninterferencecommission.ca/fileadmin/foreign\\_interference\\_commission/Documents/Exhibits\\_and\\_Presentations/Exhibits/COM0000197.pdf](https://foreigninterferencecommission.ca/fileadmin/foreign_interference_commission/Documents/Exhibits_and_Presentations/Exhibits/COM0000197.pdf)
  38. Debates (Hansard) No. 33 - February 17, 2022 (44-1) - House of Commons of Canada, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.ourcommons.ca/DocumentViewer/en/44-1/house/sitting-33/hansard>
  39. Russia's Role in the Far-Right Truck Convoy | The Journal of Intelligence, Conflict, and Warfare, Zugriff am April 6, 2026, <https://journals.lib.sfu.ca/index.php/jicw/article/view/5101>
  40. Intelligence analysts warned of 'foreign adversaries' influence on convoy protest - CBC, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.cbc.ca/news/politics/convoy-protest-foreign-influence-1.6629631>
  41. PM Justin Trudeau speaks with reporters after invoking Emergencies Act - February 14, 2022 - YouTube, Zugriff am April 6, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=pDQkyqxhqPc>
  42. 2. Qs & As - The Emergencies Act - Department of Justice Canada, Zugriff am

- April 6, 2026,  
<https://www.justice.gc.ca/eng/trans/bm-mb/other-autre/emergencies3-urgence3/ga-gr.html>
43. Federal Court of Appeal Emergencies Act Decision: Your Questions Answered, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://theccf.ca/federal-court-of-appeal-emergencies-act-decision-your-questions-answered/>
  44. Parliamentary Committee Notes: Federal Court Ruling on the Invocation of the Emergencies Act and Appeal - Public Safety Canada, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.publicsafety.gc.ca/cnt/trnsprnc/brfng-mtrls/prlmntry-bndrs/20240626/09-en.aspx>
  45. YELLOW VESTS FLOODED BY FAKE NEWS - Avaaz, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://avaazimages.avaaz.org/Report%20Yellow%20Vests%20FINAL.pdf>
  46. How France's Yellow Vest Protests Damaged An Already Weakened President Macron, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.wunc.org/2019-01-24/how-frances-yellow-vest-protests-damaged-an-already-weakened-president-macron>
  47. Disinfo: Macron spoke about RT and Sputnik in order to distract the audience from problems in France - EUvsDisinfo, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://euvsdisinfo.eu/report/macron-spoke-on-rt-and-sputnik-in-order-to-distract-the-audience-from-problems-in-france/>
  48. France's 'yellow vests' and the Russian trolls that encourage them | Ifri, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.ifri.org/en/frances-yellow-vests-and-russian-trolls-encourage-them>
  49. The “Hottest Ever January” in Germany: Farmers' Protests and the Discourse on Agriculture and Food Production - Cogitatio Press, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.cogitatiopress.com/politicsandgovernance/article/viewFile/9830/4509>
  50. Plenarprotokoll 20/156 - Deutscher Bundestag, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20156.pdf>
  51. Farmers' protests in Germany and and ideological connections to the far right, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.isdglobal.org/media-mention/farmers-protests-in-germany-and-and-ideological-connections-to-the-far-right/>
  52. 3rd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and ..., Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2025/EEAS-3nd-Threat-Report-March-2025-05-Digital-HD.pdf>
  53. Bribes and Lies: Foreign Interference in Europe in 2024 - German Marshall Fund, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.gmfus.org/news/bribes-and-lies-foreign-interference-europe-2024>
  54. Bauernproteste, Taurus-Debatte, Europawahl: So will Moskau den Diskurs in Deutschland manipulieren - Tagesspiegel, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.tagesspiegel.de/politik/russische-kampagnen-qualitative-weiterentwicklung-der-informationsmanipulation-11354050.html>

55. Experten diskutieren über Gefahren durch Desinformation - Deutscher Bundestag, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1126566>
56. Unterwanderung von rechts bei Bauernprotesten - Evangelisch.de, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.evangelisch.de/inhalte/225272/08-01-2024/frust-trotz-ruecknahme-von-kuerzungen-unterwanderung-von-rechts-bei-bauernprotesten>
57. Soziale Medien: Wie Rechte die Bauernproteste unterwandern - Deutschlandfunk, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.deutschlandfunk.de/wer-gewinnt-in-den-sozialen-medien-rechte-unterwanderung-der-bauernproteste-100.html>
58. BSW und AfD werden in Verbindung mit russischer Desinformation ..., Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/fabio-de-masi/fragen-antworten/bsw-und-afd-werden-in-verbinding-mit-russischer-desinformation-gebracht-sehen-sie-diese-kampagnen-als>
59. Kulturpolitik der Weltbeziehungen - Transformation, Programmatik und Geschichte, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.kupoge.de/wp-content/uploads/2024/12/oa9783839471692pboC8i8QDLYGH.pdf>
60. Plenarprotokoll 21/50 - Deutscher Bundestag, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://dserver.bundestag.de/btp/21/21050.pdf>
61. www.ssoar.info Generalangriff auf die Zivilgesellschaft, Zugriff am April 6, 2026,  
[https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/100970/ssoar-2025-strachwitz-Generalangriff\\_auf\\_die\\_Zivilgesellschaft\\_Uberlegungen.pdf?sequence=4&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2025-strachwitz-Generalangriff\\_auf\\_die\\_Zivilgesellschaft\\_Uberlegungen.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/100970/ssoar-2025-strachwitz-Generalangriff_auf_die_Zivilgesellschaft_Uberlegungen.pdf?sequence=4&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2025-strachwitz-Generalangriff_auf_die_Zivilgesellschaft_Uberlegungen.pdf)
62. In Zeiten von Krieg und Desinformation - Amadeu Antonio Stiftung, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/in-zeiten-von-krieg-und-desinformation-95981/>
63. Warnung des Verfassungsschutzes: Mischt der Kreml bei den Landtagswahlen mit? | taz.de, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://taz.de/Warnung-des-Verfassungsschutzes!/6158716/>
64. 21/31 Plenarprotokoll vom 06. Februar 2025 – Hessischer Landtag, Zugriff am April 6, 2026, <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR/21/1/00031.pdf>
65. Öffentliche Bewertung des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestags der russischen Einflussnahme in Deutschland | Länder-Analysen, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://laender-analysen.de/russland-analysen/456/parlamentarisches-kontrollgremium-bundestag-russland-einflussnahme-deutschland/>
66. Black Lives Matter Fights Disinformation To Keep The Movement Strong - capradio.org, Zugriff am April 6, 2026,  
<https://www.capradio.org/news/npr/story?storyid=999841030>
67. How Russia has used Farmers' Protests as a Trojan Horse | Henry Jackson Society,

Zugriff am April 6, 2026,

<https://henryjacksonsociety.org/wp-content/uploads/2025/10/HJS-How-Russia-Has-Used-Farmers-Protests-As-A-Trojan-Horse-Report-web.pdf>

68. Russian Bias in the coverage of the post-George Floyd/Black Lives Matter movement, Zugriff am April 6, 2026,

<https://www.cmrsj-rmcsj.forces.gc.ca/cb-bk/art-art/2021/art-art-2021-5-fra.asp>

69. Why Russia remains deaf to BLM agenda - FairPlanet, Zugriff am April 6, 2026,

<https://www.fairplanet.org/editors-pick/why-russia-remains-deaf-to-blm-agenda/>

70. Processes of Institutionalization and Practices of Contestation in Post-Socialist Civil Society B - YorkSpace, Zugriff am April 6, 2026,

<https://yorkspace.library.yorku.ca/server/api/core/bitstreams/3150c7fd-53df-4746-8741-656ffd805b4c/content>